

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 21.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover
Sonnabend, 17. Oktober 1903.

Geschäftsrate pro 3gepalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Stettinhorst 6.

12. Jahrg.

Die Gewerkschaften und die bürgerliche Sozialpolitik.

Der Bedeutung und dem Einfluß der gewerkschaftlichen Bewegung kann kein besseres Zeugnis ausgestellt werden, als durch die Beachtung, die ihr die bürgerliche Gelehrsamkeit widmet. Zahlreiche bürgerliche Sozialpolitiker bemühen sich redlich, um sich mit dem Wesen der gewerkschaftlichen Organisation vertraut zu machen. Raum aber haben sie dies nur halbwegs erfasst, so halten sich die Herren nicht selten auch schon verpflichtet, den Gewerkschaften mit allerhand Rathschlägen für den ferneren Ausbau beizustehen. Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß die Arbeiterorganisationen nur auf sie gewartet haben, um endlich einmal zu erfahren, wie die Sache eigentlich gemacht werden muß. In Wahrheit ist jedoch die Kritik, die sie unserer Bewegung widmen, nicht selten ein Zeichen dafür, wie wenig diese neugewonnenen Freunde aus der bürgerlichen Gesellschaft noch den Entwicklungsgang der gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Grundlagen und Hemmnisse zu beurtheilen vermögen.

Ein typisches Beispiel für das eben Gesagte giebt ein in Girth's Annalen (München, Schwiger's Verlag) soeben erschienener Artikel von Dr. Erich Simon-Berlin über: "Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitervereine". In seiner ziemlich umfangreichen Arbeit bespricht der Verfasser zunächst die verschiedenen Möglichkeiten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dann speziell die von den Arbeiterorganisationen dazu getroffenen Maßnahmen, und in einem Schlusswort plaidirt er für den Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Versicherung. Dabei mischt er Wahres und Falsches in so tollem Wechsel durcheinander, daß es sich schon als notwendig erweist, der Sache einige kritische Bemerkungen zu widmen.

Dr. Simon unterscheidet zweierlei Gründe, die zum Mangel an Arbeit und damit zur Arbeitslosigkeit führen: zu ersteren rechnet er die Saisonarbeit, die Handelskrisen und die technischen Fortschritte, zu letzteren die Behringssüchtereie und die verfehlte Einteilung der Arbeitszeit. Ueber die Behringssüchtereie sagt er ganz richtig, daß sie einer der schmachvollsten Auswüchse unseres sozialen Lebens ist, und er nennt die Arbeitgeber gewissenlos, die in ihrem Betriebe mehr Behringlinge einstellen, als Behringarbeiten zu verrichten sind. Unbedingt verwerflich sei auch jene Art der Ueberstundenarbeit, die der Auswuchs von Strebereie und Kriechereie ist, die Ueberstundenarbeit bei schlechtem Geschäftsgange: "Wenn das Gespenst der Entlassung wegen Arbeitsmangel über einem Unternehme schwebt, finden sich nur zu oft Arbeiter, welche trotz der wenigen vorhandenen Arbeiten über die festgesetzte Zeit für geringes Entgelt oder für nichts hinausarbeiten, um sich bei der Betriebsleitung einzuschmeicheln, damit sie bei Reduzierung des Personals behalten werden. Mag auch der Einzelne noch so triftige Gründe haben, eine Entlassung unter allen Umständen vermeiden zu müssen, so darf er diese nicht durch solche Unehrliebeit seinen Kollegen gegenüber verhindern. Beider muß konstatiert werden, daß dieser Fall gerade unter den Gebildeten der Arbeiter, den Handlungsgehilfen, häufiger vorkommt, als bei den Bau- und Industriearbeitern. Diese gaben im Allgemeinen ein ausgeprägteres Solidaritätsgefühl. Es ist zu verlangen, daß die Arbeitgeber besonders bei vorübergehendem Geschäftstillstand, anstatt einige ihrer Leute ganz zu entlassen, alle ständigen Arbeiter beschäftigen, und zwar durch Einteilung der Arbeitszeit in Schichten."

Die beiden direkten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die Nothstandsarbeiten und die Arbeitslosen-Versicherung. In seinen auf die Nothstandsarbeiten bezüglichen Betrachtungen zeigt Simon, daß er bei allem Streben, der Arbeiterschaft gerecht zu werden, sich doch nicht ganz aus den Ideenkreis des Scharfmacherthums entfernen kann. Nachdem er nämlich ganz richtig bemerkt, daß bei den heute üblichen Nothstandsarbeiten die meisten Arbeitslosen eine Thätigkeit angewiesen bekommen, die ihnen ferne liegt, sagt er dann an anderer Stelle ganz nach Bued'scher Manier: "Der Fall ereignet sich häufig, daß irgend eine Fällung eine große Anzahl Arbeitsloser ermittelt, welche alle die Behörde um Unterstützung anflehen. Werden darauf Nothstandsarbeiten in genügendem Umfange eingerichtet, dann ist

die Zahl der Bewerber urplötzlich zusammengeschmolzen. Die Leute wollen Geld-Unterstützung haben, aber keine Arbeit dafür leisten. Zu dieser bequemem sie sich erst dann, wenn die Noth am höchsten ist. Die Nothstandsarbeiten zeigen so wenigstens eine gute Seite, nämlich daß sie zwischen den Arbeitswilligen und den Arbeitsscheuen sichten."

Ist das nicht genau dieselbe Weise, wie in den Generalversammlungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller über sozialpolitische Fragen geredet wird? Unter solchen Umständen kann man sich denn auch nicht wundern, wenn Simon die "Riefensummen" aufmarschieren läßt, die von den Unternehmern jährlich zur Unterstützung ihrer Arbeiter bei Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit u. c. aufgebracht werden. Soweit hat er also noch nicht die Zusammenhänge erkannt, um zu begreifen, daß diese "Wohlthaten" ein recht gut angelegtes Betriebskapital darstellen, das sich hoch verzinst, indem es die Arbeiter an den betr. Betrieb fesselt und sie veranlaßt, sich um scheinbarer Vortheile willen auf der anderen Seite umso mehr ausbeuten oder gar bestimmter staatsbürgerlicher Rechte berauben zu lassen.

Nicht minder fordern die Ansichten zur Kritik heraus, die Simon über die Stellung der Gewerkschaften zur Arbeitslosenunterstützung entwickelt. Er hat nämlich entdeckt, daß vielfach die Meinung besteht, ihre Einführung liege nicht im Interesse der Leiter der Organisationen! "Ob das richtig sei, könne er nicht entscheiden. Dagegen führt er einen anderen Grund für die Nichtausgestaltung dieses Unterstützungszweiges bei einer Reihe von Gewerkschaften an: "Derartige fakultative Unterstützungen von Seiten privater Vereine widersprechen der Lehre von den Pflichten des Staates, und so lange die Gewerkschaften rein sozialdemokratische Organisationen waren, wäre demgemäß die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung nicht logisch gewesen." Herr Dr. Simon beweist mit solchen Aeußerungen, daß er die Geschichte der Gewerkschaften nur sehr oberflächlich kennt. Sonst müßte er wissen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vielfach nicht an dem Widerstand der Organisationsleiter, sondern der Mitglieder scheitert, die die Erhöhung der Beiträge scheuen. Und gerade die Arbeitslosenunterstützung ist eine Sache, die man aus guten Gründen nicht dem heutigen Staate anvertrauen will. Ihre Einführung — das haben alle Gewerkschaftsführer wohl erkannt — empfiehlt sich nicht nur deshalb, weil sie in den Berufsvereinen stabilere Verhältnisse schafft und den Mitgliederstand hebt, sondern auch wegen ihres hinlänglich erörterten Einflusses auf den Arbeitsmarkt und damit auf die Gestaltung der Arbeitslöhne. Deshalb ist es eine gänzlich unhaltbare Behauptung, wenn Simon sagt: "Die Arbeitslosenversicherung ist ihnen (den Gewerkschaften) ein Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck, und das ist ihr Fehler."

Was nun die Möglichkeit der Arbeitslosen-Versicherung betrifft, so hält unser Autor nur zwei Wege für diskutabel, nämlich die Staatsversicherung und die Versicherung durch die Arbeitervereine. Ersterer hält er für undurchführbar aus folgendem Grunde: "Für mich scheint es ausgeschlossen, daß unser deutsches Vaterland ausreichend für Verunglückte und Kranke sorgen kann und dann noch genügend Mittel zur Verfügung behält, um die sehr theure Arbeitslosen-Versicherung durchzuführen, ohne zu einer Steuererhöhung zu schreiten, welche die ärmeren Klassen noch mehr belasten würde."

Bliebe also nur die Versicherung in den Arbeiter-Organisationen, die Simon, so weit die freien Gewerkschaften in Betracht kommen, in ihrer heutigen Form noch nicht für ausreichend hält. Trotzdem seien aber namentlich die freien Gewerkschaften auf dem richtigen Wege, der zu einer wirksamen Ausgestaltung der Arbeitslosen-Versicherung führt.

Indem wir dieses schmeichelhafte Kompliment mit einer tiefen Verbeugung einheimfen, übersehen wir dabei doch nicht, daß Herr Dr. Simon ganz am Schlusse seiner Arbeit noch eine Falle aufgestellt hat, in die unsere Gewerkschaftler aber ganz sicher nicht hineintappen werden.

Er vergießt nämlich noch einige Thränen über die "Berquickung von Wirtschaft und Politik" und fährt dann nach einem empfehlenden Hinweis auf die englischen Gewerkschaften fort: "Wenn unsere Arbeitervereine sich fernhalten von jeglicher politischer Stellungnahme — jedem Einzelnen darf natürlich das Ein-

treten für sein politisches Bekenntniß in keiner Weise erschwert werden (ach, wie nett!) — dann werden sie sich auch das Vertrauen unserer Regierung erwerben. Dieselbe wird sie gern beim Ausbau ihrer sozialen Pflichten unterstützen, und unter diesen steht an erster Stelle die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit."

Na, die Melodie kennen wir so — Genüge! Herr Simon erblickt die "Berquickung von Wirtschaft und Politik" wahrscheinlich darin, daß die Gewerkschaften gegen die Unterbindung der Koalitionsfreiheit, den Zolltarif und ähnliche schöne Sachen Stellung nehmen. Wenn er meint, daß sich die Organisationen das Recht zu solcher pflichtgemäßen, mit ihren Aufgaben eng zusammenhängenden Bethätigung um das Hinsingericht einer staatlichen Subvention ihrer Unterstützungskassen abtaufen lassen, so irrt er sich ganz bedeutend. Die Frage, ob es sich lohnt, daß sich die Gewerkschaften bemühen, das Vertrauen der Regierung zu erwerben, braucht gar nicht erörtert zu werden angesichts der fortgesetzten Anschläge auf die fundamentalsten politischen Rechte des arbeitenden Volkes. Denn die Arbeiter wissen zu genau, in welchem Zusammenhange z. B. das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit stehen.

Fallen also solche gleichnerische Freundlichkeiten auch auf unfruchtbaren Boden, so ist es doch gut, sie als Zeichen der Zeit zu beachten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

III.

Zur Frage der Taktik, Reichstagswahlen, Vizepräsidentenfrage, revisionistischen Bestrebungen gelangte folgende Resolution in namentlicher Abstimmung gegen 11 Stimmen zur Annahme:

"Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, hösische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurtheilt auf das Entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und stegefestete, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformirung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegenstände sich nicht abschwächen, sondern stetig verstärken, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortung ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.
2. daß die Sozialdemokratie einen Antheil (gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900) an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.
3. Der Parteitag verurtheilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegenstände zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größte Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Massen erlangt, entsprechend den Grundzügen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle auf kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

Mit der nahezu einstimmigen Annahme dieser Resolution waren die Differenzen sachlicher Natur, soweit solche vorhanden, erledigt, und Ruhe und Eintracht, das Streben, gemeinsam die Feinde ringsum zu bekämpfen, sollten an Stelle der scharfen parteigenösslichen Auseinandersetzungen treten. Insofern sind wir noch nicht so weit. Die Erregung zittert in beiden "Bägern" noch nach, ist stellenweise noch größer geworden, die Auseinandersetzungen werden anläßlich der Berichterstattungen fortgesetzt, in der Presse folgen Be-

sprechungen, Erklärungen; auch das wird aufhören. Inzwischen hat nicht Bebe, wohl aber der Herausgeber der „Zukunft“, Herr Maxm. Garden, den Beweis erbracht, daß es „Zeiten des Vertuschens“ gegeben. Inzwischen hat Genosse Paul Göhre sein Mandat niedergelegt. Die in Zusammenhang mit Garden oft genannten Bernhard und Braun haben die Einsetzung je eines Schiedsgerichts in ihrer Angelegenheit beantragt; wenn diese gesprochen haben, dürfte die Partei nicht nur geschlossen dastehen, sondern auch die Polemiken mit ihrem starken persönlichen Beigeschmack können beendet sein.

Zur Kaiserfeier fand folgende Resolution Annahme:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die wichtigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitstruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitstruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitstruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Es lagen dem Parteitage Anträge vor, die Kaiserfeier am Abend des 1. Mai oder am Sonntag nach dem 1. Mai zu veranstalten. Diese Anträge entsprachen der Erfahrung, daß wenige Parteiorate ausgenommen, von einem nennenswerten Kubenlassen der Arbeit leiber nicht die Rede sein kann, und daß diese Durchführung der Arbeitstruhe mit bedeutenden materiellen Opfern verknüpft ist, die von den Gewerkschaften getragen werden oder doch getragen werden sollen. Eine Aussprache über die Kaiserfeier zwischen der Partei und den Gewerkschaften stellt sich immer mehr als Notwendigkeit heraus.

In folgender Resolution sprach der Parteitag den Crimminscher Webern seine Sympathie aus:

Der Parteitag spricht den am Jehnstantag kämpfenden Textilarbeitern in Crimmitzschau, die unter ungünstigen Verhältnissen und unter Beugung der in Bezug auf das Koalitionsrecht bestehenden Bestimmungen ihren Kampf mit einem tüchtigen Fabrikanten kämpfen, seine volle Sympathie aus. Der Jehnstantag bildet eine Etappe auf dem Wege zur Erlangung des Achtstundentages. Deshalb ist die volle moralische und materielle Unterstützung der im Vordertreffen stehenden 7500 Textilarbeiter eine Pflicht der Arbeiter. Den kämpfenden Brüdern wünscht der Parteitag vollen Erfolg.

Um jede Mißdeutung abzuschneiden, als sei etwa der Parteitag in Bezug auf die Bekämpfung des Buchertarifs nicht voll mit den Maßnahmen der Fraktion einverstanden, wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Buchertarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, im Besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Erneuerung des Kohlenpaktats. — Der geplante Stahlwerkverband. — Kartellbestrebungen in England. — Die Lage in Amerika, seine weiteren Diskontsteigerungen in Europa.

Der Fortbestand des rheinisch-westfälischen Kohlenpaktats auf der neugefalteten Basis und auf zehn Jahre erstreckt nach der Essener Besenbesitzer-Versammlung vom 15. September gesichert. Alle gegenseitigen Quersubventionen, Einschüßleistungen und Drohungen der Interessenten waren nur als Vorspiel zu dem allseitig gewünschten Friedensschluß gedacht; den Widerstrebenden kam es lediglich darauf an, ein paar Zugeständnisse mehr herauszuschlagen. Die Eingeweihten der Börse haben diese ruhige Auffassung schon längere Zeit geltend gemacht; der Kursstand der Grubenwerte wurde deshalb von der Fremdenabsticht wenig beeinflusst.

Es ist ganz unabweislich, daß unwehentlich ganz allgemein die Syndikaltschöpfungen und Bestrebungen eine Belebung erfahren, während das Scheitern des grundlegenden, festgesetzten Verbandes der Grubenlöhne einen Rückschlag auf andere Kartellungsanstöße ausgeübt haben würde.

Im Mittelpunkt steht hier noch wie vor der geplante deutsche Stahlwerkverband. Dieser ist nach der „Edin. Ztg.“ auf größter Eisenleiter projektiert, und zwar soll er umfassen: die gesamte inländische Erzeugung der Stahlwerkbesitzer an Kohlen und Puddelstücken, den gesamten Bezug der Stahlwerkbesitzer an Kohlen und Puddelstücken wie an gewaltem Halbzeug und sonstigen Stahlerzeugnissen, die gesamte inländische Erzeugung der Stahlwerkbesitzer an einer Reihe von Halbzeugen, darunter Halbzeug, an schwerem Eisenbahn- oder Eisenmaterial, an leichtem Eisenbahn- oder Eisenmaterial und an den in diese Kategorie fallenden Fabrikaten. Schließlich soll das Syndikat umfassen die gesamte inländische Erzeugung der Stahlwerkbesitzer an Eisenblech, Halbdraht, Strohblech, fünf Millimeter dick und dicker, Feinblech in jeder Art unter fünf Millimeter, Kupferblech, Röhren und Eisenbahnen und Rädern. Die Stahlwerkbesitzer sollen ihre gesamten Erzeugnisse dem Syndikat verkaufen, das seinerseits die Verpflichtung zur Abnahme und zum Weiterverkauf übernimmt. Weiter verpflichtet sich die Stahlwerkbesitzer, ihren gesamten Bedarf an Kohlen und Puddelstücken, sowie ihren über die eigene Erzeugung hinausgehenden Bedarf an schwerem und leichtem Eisenbahnmaterial ausschließlich von dem Syndikat einzukaufen.

Der Grundgedanke des Projektes ist, wie man sieht, an sich ein sehr einfacher und klarer, und auch die weitere Ausgestaltung widerspricht dem Bestreben, das wir vom Kohlenpaktat her kennen: Jedes beizutretende Werk erhält auf Grund seiner Produktion seine „Beihilfungsquoten“. In das Syndikat nicht in der Lage, die gesamten (aus der Summe der Beihilfungen sich ergebenden) Abzugsquoten abzugeben, so erhalten alle Beihilfungsquoten gleichmäßig einen prozentualen Antheil — nämlich der Gesamtabzugsquote beim Kohlenpaktat; der Antrag für die Fortführung, die Gutachten bleibt der Besammlung der Stahlwerkbesitzer. Umgekehrt hat der einzelne Teilnehmer seine Beihilfungen durch eine Abgabe zu leisten: jedes einzelne Werk hat für jede Tonne Puddelstahl, die über seine Beihilfungsquote hinausgeht, 5 Mark zu zahlen, erhält jedoch andererseits für jede Tonne Puddelstahl eine Beihilfung von 5 Mark.

Die Schwierigkeit liegt wesentlich in der Einzelabstimmung dieses Schemas. Bis schon die bloße Aufstellung der in dem kommenden Herbst und Herbstabstimmung ergeht, handelt

es sich um keine innerlich übereinstimmenden Werte, die in Folge dessen auch schwer mit einander zu vergleichen und gegen einander abzumessen sind. Viele Werte verfallen über die gesammelten, in höheren Formen umzuwandeln. Kohlen und Halbzeugen; andere Werte sind hier weit weniger selbstgenügend und kaufen, bald in geringeren, bald in größeren Mengen, Rohmaterialien zu. Die verschiedenen Werke schließen ihren Produktionsprozeß auf sehr verschiedenen Stufen der Weiterverarbeitung ab. Es gibt also, wie man sieht, Köpfe und Interessen unter einem Hut zu bringen, und selbst die „Edin. Ztg.“, obwohl Anhänger aller Kartelle, äußert darüber noch Zweifel an einem solchen Gelingen des Projektes, da die Verhandlungen mit den einzelnen Werken nurmehr nach Feststellung der Verhandlungsgrundlage, erst wirklich beginnen sollen.

Die Stärke der kapitalistischen Vereinigungsstrebungen ist aber unübersehbar wachsend im Maschinenbau. Auch in England, das sich bisher noch am freiesten von allen Syndikaltschöpfungen hielt, wehren sich die Zeiten des Umschwungs, gerade auch in der Eisenindustrie. Soeben wird der Versuch gemacht, alle schottischen Stahlwerke wenigstens dazu zu bringen, daß die schottischen Preisunterbietungen aufhören, die durch die Industriepolitik, besonders durch den Rückgang der Schiffbau, gewirkt wurden. Man hofft jedoch weiter, zu einer gemeinsamen Förderung des Exports und zu einem solidarischem Vorgehen gegen die ausländische Schmelzkonkurrenz zu gelangen. Hierbei denkt man in der Gegenwart in erster Linie an Belgien und Deutschland, die soeben wieder Schienen für Transbahnen und Schmelzstücke für Berlin billiger lieferten, als das die englischen Nachbarn vorzuziehen. Daneben schreitet natürlich, wie in jeder Krisenperiode, auch der Prozeß der Fusionierung von Werken rasch vorwärts; alte Konkurrenten vereinigen sich, und kleine und Schwache werden von den Großen und Kapitalstärken verschluckt. Aber oft knüpft sich daran eine Verhängung mit den noch selbstständig bleibenden Wettbewerbern. So hat im schottischen Airdrie die bedeutendste Firma (Stewart and Lloyds Ltd.) Verhandlungen zur Erweiterung der Werke von Wilsons and Union Ltd. in Glasgow geschlossen; man will damit einen Zusammenschluß der ganzen englischen Airdrieindustrie anbahnen und denkt alsdann vor allem in den Kolonien das Ausland stärker zurückdrängen zu können.

Sowohl in England wie in Deutschland spielt übrigens bei den letzterwähnten Kartellierungsplänen die Beförderung, die durch die amerikanische Entwicklung hervorgerufen wird, keine geringe Rolle. In Amerika und Stahl bröckelt dort der alte Preisstand mehr und mehr ab; die Lieferproduktion macht sich immer stärker fühlbar und kann rasch zur Forzierung des Exports drängen, während man früher noch der Fremdenzufuhr bedurfte. Der Stahlmarkt ist mit seiner alten Politik am Ende des Lateins. Die Rivalin des Stahlmarkts, die Consolidated Lake Superior-Gesellschaft, gleichfalls ein Eisenunternehmen, hat sogar ein Arrangement mit den Gläubigern treffen müssen, weil sie eine gekündigte Hypothekenschuld von etwa 5 Millionen Dollars nicht mehr zu begleichen vermochte. Man kündigt alte und verlegt neue Kredite, darin spricht sich die Erschütterung des Vertrauens nicht nur hier, sondern nach allen Seiten aus. Dabei ist in New York eine größere Geldflüssigkeit zurückgekehrt, die Banken haben ihren Stand befestigt; lediglich das Mißtrauen, nicht die eigene Schwäche und Unzureichendheit hält im Augenblick das Reichtum von der Produktionsphäre zurück.

Für Europa hat diese Entwicklung allerdings auch ein Gutes gehabt: die Bank von England hat ihren Diskont (seit 3. September 4 Prozent) nicht nochmals gesteigert; die Deutsche Reichsbank ist bei ihrem alten Zinssatz (4 Prozent) stehen geblieben, trotz der Anforderungen des Quartalswechsels. Mit plötzlichen großen Goldentnahmen seitens der Vereinigten Staaten rechnet man also zunächst nicht mehr. Die Abwärtsbewegung in Amerika kommt auch in dem Rückgang der Ertragsfähigkeit zum Ausdruck. Nach einer statistischen Aufstellung der New Yorker Handels-Zeitung sind die Neugründungen in den Vereinigten Staaten, soweit Gesellschaften mit mehr als 1 Million Dollars Aktienkapital in Frage kommen, in dem Jahre 1903 bisher wesentlich hinter denen der beiden Vorjahre zurückgeblieben. Das in diesem Jahre während der ersten acht Monate in den Neugründungen investierte Kapital betrug nämlich 329 551 000 Dollars gegen 965 943 750 Dollars in 1902 und 770 105 000 Dollars in der Vergleichszeit des Jahres 1901. Besonders auffallend ist der Rückgang im Monat August d. J., denn in demselben betrug das Aktienkapital der Neugründungen nur 77 950 000 Dollars (241 879 550 Dollars bezw. 57 460 000 Dollars in den beiden Vorjahren), während im Juli d. J. das in Neugründungen investierte Kapital 106 100 000 Dollars, im Juni 155 695 000 Dollars und im Mai d. J. sogar noch immer 307 666 000 Dollars betrug. Die Wirtschaftskurve geht also jenseits des Ozeans rapid abwärts.

Berlin, den 27. Sept. Max Schippel.

Gegen den Mißbrauch geistiger Getränke!

Alkohol-Verstärker.
Bearbeitet vom kaiserlichen Gesundheitsamt.

Aus diesem im Verlage von Julius Springer in Berlin soeben erschienenen Blatte geben wir Folgendes über die Folgen des übermäßigen Alkoholgenußes:

Während die Wirkung der mäßig und nicht zu häufig genossenen geistigen Getränke auf den gesunden Menschen und im Vollbesitz seiner Kraft befähigten menschlichen Körper anregend sein und ohne nachteilige Folgen vorübergehen kann, schädigt der fortgesetzte und übermäßige Genuß die meisten Körperorgane dauernd und nachhaltig, daß selbst die widerstandsfähigsten Rassen der Einwirkung des Alkohols allmählich unterliegen. Die Folgen treten namentlich leicht bei gewohnheitsmäßigem Genuß von starken geistigen Getränken (Branntwein, Portwein, Sherry) ein. Auch ist nicht außer Acht zu lassen, daß der Körper sich an den Genuß des Alkohols gewöhnen kann und dann immer größerer Mengen zur Erzielung der angenehmen empfindenden, anregenden Wirkung bedarf. Damit hängt aber auch die schädliche Wirkung, schließlich tritt unter Abnahme der körperlichen und geistigen Widerstandsfähigkeit der Zustand der Ermüdung ein, in welchem der Trinker, vielfach trotz besserer Einsicht, immer aufs Neue zum Alkohol greift.

Eine Regierungsverordnung des gewohnheitsmäßigem Alkoholgenußes stellt die Verabreichung des allgemeinen Stoffwechsels zu sein; sie führt häufig zu geistigen Ermüdungen und zur Fehlleistung. Ueberhaupt wird die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Infektionen bei den Gewohnheitstrinkern stark vermindert, so daß der durch den Ermüdung geschwächte Organismus eher den von ihm herbeizuführenden schädlichen und körperlichen Einwirkungen ausgesetzt ist; Gewohnheitstrinker haben im Durchschnitt eine geringere Lebensdauer als mäßige und Enthaltene Personen.

Bei Gewohnheitstrinkern kommt es häufig zur Abzehrung, einseitiger durch Abzehrung von Fett in die Leber (Fettleber) oder durch eine noch gefährlichere Veränderung, welche bei fortgesetztem Alkoholgenuß schließlich zur Leberentzündung (Gelbsucht) und unter den Erscheinungen der Bauchwassersucht zum Tode führt. Ebenso ist es mit der Nierenentzündung, die bei Alkoholikern, gleichfalls namentlich bei Branntweintrinkern, nicht selten auftritt.

Der durch starken und wiederholten Alkoholgenuß ausgeübte örtliche Reiz führt durch Erweiterung und Lockerung der Schleimhäute zu stärkeren Entzündungen (Katarrhen) und entzündlichen Zuständen in der Mundhöhle, dem Rachen sowie dem Magen und Darm und damit auch zu Ernährungsstörungen. Der Reizwirkung der Trinker pflegt sich gewöhnlich auf die Schleimhäute der Luftwege fort und giebt zu chronischen Keuchhusten und Bronchialkatarrhen mit ihren Begleit- und Folgeerkrankungen — Heiserkeit, Quänen, Kurzatmigkeit, Asthma — Anlaß. Allmählich kann auch das Lungen-gewebe in Mitleidenschaft gezogen und in ihm ein geeigneter Boden zur Aufnahme anderer krankheitsverregenden Keime, vorzüglich derjenigen der Lungentuberkulose, geschaffen werden. Schwere Schädigungen ist auch in nicht seltenen Fällen das Herz und das Gefäßsystem der Trinker ausgeübt, indem einerseits manche Blutgefäße bald früher, bald später durch Verfestigung oder Verengung ihrer Wandungen verkrüppelt werden, andererseits das Herz durch Umagerung mit einer Fettschicht oder durch fettige Entartung seiner Muskelsubstanz in seiner Leistungsfähigkeit gehemmt und schließlich zum Stillstand gebracht werden kann. Die bei unmäßigen Biertrinkern häufig vorkommende Herzvergrößerung (Herzberg) beruht neben der Wirkung des genossenen Alkohols hauptsächlich auf derjenigen, die in den Blutkreislauf gelangenden Flüssigkeitsmengen, welche eine Ueberfüllung des Herzens mit nachfolgender Verdrückung des Herzmuskels und Erweiterung der Herzstammern verursachen.

Auch eine Herabsetzung des Sehvermögens kann als Folge übermäßigen Alkoholgenußes entstehen.

Vor allem wird aber das Nervensystem durch den Alkohol beeinflusst und geschädigt; in Zusammenhang damit steht das bei Gewohnheitstrinkern bemerkbare Zittern der Hände und ihr unruhiger schwankender Gang. Auch am Rückenmark können durch Alkoholgenuß krankhafte Veränderungen auftreten. Im Gehirn kann die anhaltende Ueberfüllung der Blutgefäße zum Versten der selben und zu Blutergüssen (Gehirnschlagfluß) Anlaß geben, oder sie führt in den Hirnhäuten zu entzündlichen Vorgängen, welche ihrerseits durch den allmählich zunehmenden Druck auf das Gehirn erhebliche Störungen bewirken können; der bei vielen Alkoholikern schon frühzeitig sich entwickelnde Verminderung der Geistesfähigkeit (Erhöhung der Unfallsgefahr), Abstumpfung des Auffassungsvermögens und der Willenskraft sowie der Schädigung des Gesinnungscharakters folgen nicht selten ausgesprochene geistige Erkrankungen der verschiedensten Art, Delirien mit Wahnvorstellungen (Säuferwahn), ja sogar Verblöbung und unheilbare Geisteskrankheit. Ein großer Theil der zur ärztlichen Beobachtung kommenden Geisteskrankheiten wird auf den Alkoholgenuß zurückgeführt.

Vielfach machen sich bei übermäßigem Alkoholgenuß auch Störungen nach der stillen Seite hin bemerkbar; den Gewohnheitstrinkern pflegen bald die Begriffe von Pflicht und Ehre zu schwinden, so daß sie ihren Beruf und ihre Familie vernachlässigen, zu Streit, Schlägereien, Vergewaltigung und geschlechtlichen Ausschweifungen (Geschlechtskrankheiten) neigen und auch sonst, wie die Statistik der Verbrechen beweist, viel leichter als mäßige Personen auf Abwege geraten.

Besonders verhängnisvoll ist es, daß Trunksucht der Eltern nur allzu häufig eine schwächliche, geistig wie körperlich minderwertige Nachkommenschaft zur Folge hat, deren Entwicklung oft durch Vernachlässigung der Pflege und Erziehung weiter ungünstig beeinflusst wird.

Vom sozialen Kampfplage.

— In Belten i. d. Mark ist ein allgemeiner Ausstand der bei der Fabrikation von Oesen beschäftigten Löhner und Hilfsarbeiter und der Transportarbeiter ausgebrochen. Von unserer Organisation kommen 680 Personen mit über 800 Kindern in Frage. Die Gesamtanzahl der Streikenden ist 1800. Da Belten eine Gesamteinwohnerzahl von etwa 7000 hat, so ist es einleuchtend, daß die Hauptschlagader für den gewerblichen Organismus in Belten während der Dauer des Streiks unterbunden ist. Das Verdienst, Belten's Fleisch zunächst lahm gelegt zu haben, können sich die Herren Oesefabrikanten und die hinter ihnen stehenden auswärtigen Scharfmacher zueignen. Im vorigen Jahre wehte ein so scharfmacherischer Wind nicht; die Unternehmer ließen sich zu Verhandlungen herbei, es wurde ein Tarif vereinbart, der sowohl den Löhnern als auch den Hilfsarbeitern eine Lohnverbesserung brachte. Der Lohn der Glasfabrikarbeiter wurde von 25 auf 27 Pfg. erhöht. Sämtliche anderen Arbeiter erhielten 2 Pfg. mehr die Stunde und die Akkordarbeiter eine Erhöhung von 5 Prozent. Für das so ungesunde Fischen, das mit 1 Mt. bis 1,25 Mt. die halbe Nacht bezahlt wurde, gab es eine einheitliche Bezahlung von 1,25 Mt. Für Arbeiter, die beim Feuer beschäftigt waren und in einigen Fabriken 75 Pfg., in anderen Fabriken wieder 1 Mark erhalten hatten, wurde eine einheitliche Bezahlung von 1,10 Mt. festgesetzt, außerdem wurde die Lohnzahlung für Freitagszustanden. Eine Lohnkommission wurde eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, nun zu übermachten, daß alle Zugeständnisse auch innegehalten würden. Nebenbei bemerkt, war mit dem Zugeständnen keineswegs die Bezahlung erreicht, welche die Löhner im Jahre 1889 schon hatten und durch Lohnsenkungen verloren. Die Forderungen unserer Kollegen waren in Obigem nur zum Theil erfüllt, sie verringerten im vorigen Jahre ihre Forderungen in der Voraussetzung, daß sie in diesem Jahre wiederum einen Tarif durchsetzen mit Sägen, die ihren vorjährigen Forderungen gerecht würden.

Während im verflossenen Jahre die Oesefabrikanten zu Verhandlungen geneigt waren, lehnen sie dieses Jahr die Verhandlungen ab. Sie bequemen sich dazu, in einer Sitzung zu erklären, daß eine Fabrikantenversammlung beschlossen habe, Alles abzulehnen, was die Arbeiter fordern. Auch ein zweiter Versuch von den Arbeitern, Verhandlungen zu bekommen, wurde abschlägig beschieden. Eine allgemeine Versammlung der in Betracht kommenden Arbeiter beschloß, den Wandrath des Streiks zu erheben, Verhandlungen anzubahnen. Der Herr Wandrath kam dem Ersuchen nach, hatte aber auch keinen Erfolg. Die „Osenkönige“ wollen den „Kampf“, um den Einfluß der Organisation zu brechen, damit die Lohnherabsetzungen wieder beginnen können. Die tarifliche Zeit muß den Herren ein wahrer Greuel gewesen sein.

sagte doch einer derselben: Wir haben Inspektionen genug. Da ist die Fabrikinspektion, die hinter uns steht, wir wollen nicht auch noch eine Arbeiterinspektion. Daß der Einfluß der Arbeiterorganisation auf Stetigkeit des Lohnes auch den Unternehmern zu gute kommt, weil er die Schmutzkonkurrenz hindert, wird von den Herren verkannt.

Neben einer Lohnhöhung wird gefordert die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Diese Forderung ist vom sanitären Standpunkt aus gerade in den in Frage kommenden Betrieben, in denen Hitze und Staub die Abwehrorgane der Menschen zerstören, begründet.

Von unseren Kollegen in Belgien erwarten wir, daß sie in dem Kampf, der bei Untergangenen der Fabrikanten hätte vermieden werden können, aushalten in Ruhe und Besonnenheit, aber mit Energie! Vor Allem müssen sie beachten die vielen Fallen und Fuhngängen, die die Spruchpraxis der Gerichte den Streikenden stellt; der Polizei keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben, muß das Bestreben aller Beteiligten sein. Der Jugak ist fernzubalten! Dann werden auch die Fabrikanten in Belgien zur Einsicht und zum Nachgeben veranlaßt werden.

Korrespondenzen.

München. Sonntag tagte im beschriebenen Treben eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Kollegin W. Röhler referierte über das Thema: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiter und Gegenwart.“ Durch die Entwicklung des Handwerks zur Großindustrie sei die Lebenshaltung der Arbeiter, ja ihre ganze soziale Stellung eine durchaus geänderte geworden. Der einzelne Arbeiter sei gleich einem Sklaven dem kapitalistischen Unternehmer preisgegeben. Von einer Freiheit des Arbeitsvertrages könne im Ernst gar nicht gesprochen werden. In den meisten Fällen setze der Unternehmer einseitig die Löhne fest, schreibe die Arbeitsbedingungen vor und traffe seine Unterdienlichkeit oft noch so weit, daß er oft in das Privatleben der Arbeiter eingreife. Trotz des allgemeinen Reichthums an Gebrauchsgütern aller Art seien viele Arbeiter nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Besseres werde durch die Berichte der sächsischen Fabrikinspektion bewiesen. Die bedeutende Anzahl der Erkrankungen sei auch ein Beweis für die ungünstige Lage der Arbeiter, denn mangelhafte Ernährung, im Grunde mit schwerer Arbeit, werfe die Arbeiternden aufs Siechenbett. Die Zunahme der Unfälle, Schwierigkeiten bei Erlangung einer Rente und niedrige Renten, das seien alles Dinge, welche die Arbeiter beschwerten, auf deren günstige Gestaltung sie hinarbeiten wollten. Rednerin ging dann noch auf die Zunahme der Frauenarbeit ein und verwies auf die wirtschaftlich-sanitären und familiären Folgen. Die Summe des Elends, der Noth und der Unterdrückung, unter welcher die arbeitende Klasse zu leiden habe, könne nur durch den Kampf der Arbeitenden gelindert werden. Ein siegreicher Kampf sei aber nicht denkbar ohne Organisation, daher müßten alle Diejenigen, welche ihr Recht dingender gestalten wollten, sich der Organisation anschließen. Mit einem Wahrspruch an die Frauen, den Organisationsbestrebungen der Männer nicht hinderlich zu sein, beendete die Referentin ihren Vortrag. In der Debatte wurden die örtlichen Arbeiterverhältnisse einer Besprechung unterzogen. Ein Herr Westphal, der gegen die Ausführungen der Rednerin sich wandte, die Gewerkschaften als politisch angehaucht bezeichnete und das hohe Lied von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sang, fand nicht den Beifall der Versammlung.

Wien. Im Laufe dieses Jahres waren unsere Mitglieder der Gegenstand feindseliger Angriffe durch die Unternehmer. Man entließ sie, verlangte den Austritt aus der Organisation, bevor sie wieder in Arbeit gestellt werden könnten. Dasselbe Verfahren befolgte man auch gegen die Maurer und Zimmerer. Lohnunterschiede bestanden nicht, so daß man sich den Kopf zerbrach, was denn die Unternehmer zu ihrem Vorgehen veranlaßt habe. Nun ist die Ursache ans Tageslicht gekommen. Nach einer Notiz der „Magdeburger Volksstimme“ hat ein Zimmermeister dem Vorsitzenden des Agitationskomitees der Zimmerer folgende Erklärung:

„Gegen die Organisation hätte er an und für sich nichts einzuwenden, aber die Zimmerer hätten sich bei der Reichstagswahl als Sozialdemokraten geäußert. Deshalb hätte er ein Schriftstück des Bürgermeisters unterschreiben müssen, worin er verpflichtet wurde, keine organisierten Zimmerer ferner zu beschäftigen und die noch bei ihm beschäftigten zu entlassen. Er würde aber dennoch die Bente wieder einstellen, wenn ihm der Bürgermeister nicht angedroht hätte, wenn er wortbrüchig würde, so beläume er seine häuslichen Arbeiten mehr.“

Was hier in Bezug auf die Zimmerer verlangt worden, wird den Unternehmern gegen alle Arbeiter zur Pflicht gemacht worden sein, soweit sie organisiert sind. Weil die Wahlen und ihr Ausgang dem Ortsgewaltigen nicht noch weniger angeschlossen sind, glaubt er ein Recht zu haben, organisierte Arbeiter die Preise des Hungers fühlen zu lassen. Ein solches Vorgehen ist schon bedenklich, wenn es sich um Privatbesitz der Herren handelt, aber hier handelt es sich um Arbeiter, die aus den Steuerbeiträgen der Gewerbesteuermitglieder, auch aus denen der Arbeiter, befristet werden, und das macht den Fall noch heftiger. Woher kommt der Herr das Recht her, Arbeiter, die von einem verfassungsmäßig garantierten Rechte Gebrauch machen, aus der Arbeit auszuschließen? In den letzten Jahren hat man oft erlebt, daß man Arbeiter wegen Berufsverletzung, Spreßung und so weiter bestrafte. Wir meinen, gerade hier liegt ein Fall vor, bei dem der Staatsanwalt alle Veranlassung hätte, zu prüfen, ob er sich mit dem Paragrafen unseres Strafgesetzbuches vertritt.

Berlin. Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung, die am Mittwoch, den 20. September, tagte, beschäftigte sich mit der Firma: Norddeutsche Summi- und Guttaperchamaren-Fabrik (vormals Konradt & Neumann) Aktiengesellschaft, Tempelhofer Ufer 17. Zur Sprache kamen die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wichtigste im Betriebe, die Differenz der Schichtarbeiter und die dadurch gesetzte Anbeziehung der Direktion. Ritter als Referent führte noch einmal sehr gut einleitenden Vorwort über Vorschriften der Gewerbe-Ordnung zum Schutze der Summi-Arbeiter aus, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Fabrik sehr schlechte seien. Man könne nicht begreifen, wie ein verheirateter Arbeiter bei zehnständiger Arbeitszeit mit 17-18 Mk. Wochenlohn seine Familie ernähren kann. Die gesetzlichen Vorschriften in organisierter Beziehung werden übergangen. Die Löhne, Wohnräume, Speiseräume und Garderoben seien geradezu elendrig und untauglich. Das Trinkwasser sei derartig schlecht, daß man es nicht zu trinken wage. Die Arbeiter werden mit Worten, wie Jammer, Prügel und Bande regiert. Auch sollen von den Arbeitern eigenmächtig für sehr geringfügige Vergehen Strafen verhängt werden. Wo diese Strafgeißel hinwommen, haben die Arbeiter keine Ahnung. Den Schlichtmachern solle der Arbeitslohn von 7 auf 8 Mk. pro Meter herabgesetzt werden. Nach Verhandlung mit der Direktion ist derselbe auf 7 Mk. festgesetzt worden. Bei dieser Gelegenheit ist dem Direktor ein

anonymes Brief beleidigenden Inhalts zugegangen. Dieser Brief soll die Veranlassung dazu geben, daß — die Arbeitszeit verlängert werden soll. Die Arbeiterschaft weiß eine Mithierlichkeit an diesem Briefe entsetzt und erschrocken. Sie hat eine Verlängerung der Arbeitszeit mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Ein Vertreter der Direktion wollte in der Diskussion diese Mängel nicht gelten lassen. Die Beschäftigten in der Fabrik setzen derartig gute, daß sogar der Gewerkschaftler Herr v. Scholz die Arbeitsordnung der Firma als eine mangelgültige bezeichnet habe, in welcher Hinsicht sagte der Vertreter der Fabrik allerdings nicht. Er sagte sich gefallen lassen, daß die nachfolgenden Diskussionen, auf der Fabrik beschäftigte Kollegen, ihm sagten, daß die Mängel vom Referenten eigentlich noch zu wenig festgestellt worden seien, denn die Zeit in den Arbeitsstätten sei derartig schlecht, daß die Arbeiterinnen zeitweilig Leibesleid empfinden. Eine Ventilation beste gänzlich. Nach einem Schlusswort des Referenten, in welchem er betonte, daß die anwesenden Arbeiter nicht den Rath hätten, seine Behauptungen zu widerlegen, schloß die unpopuläre Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

Freienwalde a. d. Oder. Ein großer Verfahren gegen 18 Personen, von denen drei Mitglieder unseres Verbandes waren, hat am 8. Oktober vor der Strafkammer stattgefunden und lautete die Anklage auf Landesfriedensbruch. Die Angeklagten sollten in der Nacht vom 1. zum 2. Mai, als sie von Freienwalde aus der Mainerhölzung kamen, mit Steinen auf das Dach der Ziegelei von Wally in Schiffsnähe geworfen haben. Der verurteilte Schaden wurde auf 12 Mk. geschätzt. Schmutzige Waggons wurden freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Staatsanwalt wollte das Vergehen mit 3 und 4 Monaten gestraft haben.

Sachsen. In der letzten Versammlung wurde Bericht über die im Geschäftsjahre enthaltene Thätigkeit erstattet. Im ersten Quartal wurde eine Hausagitation veranstaltet, die aus 60 Mitgliedern bestand; im zweiten Quartal gewannen wir auf die gleiche Weise 21 Mitglieder. Der Bericht erstreckt sich ferner auf die vorgenommene Revision der Mitgliedsbücher, die von dem im Laufe der letzten Monate bezahlte Extrazinsen in Höhe von 25 und 50 Mk., auf einen Ausfall, einen Sterbefall und das Sommerfest. Abgehalten wurden 19 Sitzungen und 18 Mitgliederversammlungen. Da in den Nachbarorten Bettin und Suttin keine Versammlungsorte zur Verfügung stehen, so will man in diesem Jahre von einer Agitationsstour Abstand nehmen, dafür soll aber im Frühjahr kräftig mit der Agitation begonnen werden. — Es kamen die Bevollmächtigten und Revisoren zu Vorschlag. Die Maschinenfabrik von Weisse a. Roßky ist bis Abends 8 Uhr arbeiten, worüber lebhaft Klage geführt wird.

Hamburg-Alstedt. In der Mitgliederversammlung am Montag, den 21. September, Abends 9 Uhr, hielt Genosse Sarnau einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherung. Die Wahl eines Delegierten zur Konferenz fiel auf Kollegen Böttcher. An Diäten werden 7 Mark nebst Jahrgeld bewilligt. Der Rest des Arbeitsnachweises der Brauer und Brauereihilfsarbeiter beschließt die Versammlung, im Kartell den Antrag zu stellen, daß an sämtliche Gewerkschaften Formulare ausgegeben werden. Durch die Formulare sollen die Mitglieder durch Namensunterschrift auf die Mitgliedschaft und diese wieder auf die Statuten einwirken, daß der Arbeitsnachweis des Verbandes der Brauer Anerkennung findet. Eine scharfe Opposition machte sich gegen die geplante Anstellung zweier Beamten für die Zahlstellen Hamburg geltend. Die meisten Redner hielten wohl die Anstellung eines Agitationsbeamten, aber nicht die eines Kassiers für notwendig. Wegen vorgezählter Zeit mußte die Sache vertagt werden.

Regenstauf. Sonntag, den 20. September, tagte eine öffentliche Versammlung. Kollege Witt aus München sprach in einem ausführlichen Vortrage über das Thema: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die arbeitende Klasse.“ Redner führte aus, daß es hauptsächlich die nichtgelernten Arbeiter, die Tagelöhner sind, die am meisten von den Unternehmern ausgebeutet, am schlechtesten bezahlt und am meisten durch die Chikanen der Baller und Vorarbeiter geplagt werden. Redner stellte die Frage: Was haben die Leute zu thun, um ihre oft recht traurige Lage zu verbessern? Da giebt es nur ein Mittel, das ist: einzutreten in die freien modernen Arbeiterverbände, sich zu organisieren. Würden die Arbeiter oder doch der größere Teil in Verbänden organisiert sein, wären sie unüberwindlich. Mit dem Einzelnen aber kann der Fabrikant machen, was er will. Berlangt der Einzelne eine Lohnhöhung, längere Arbeitszeit, dann hat er zu gewärtigen, daß er schikaniert zu werden, er ist dem Unternehmer gegenüber machtlos. Kommt aber eine vom Verbands gewählte Kommission zum Unternehmer, die kann er so leicht nicht abwenden, er ist gezwungen, mit ihr zu unterhandeln, sie anzuhören und nach Umständen ihre Forderungen zu bewilligen. Es liegt ja im Wesen des Kapitalismus, aus dem Arbeiter so viel als nur möglich herauszusaugen, als eben geht; denn je niedriger die Löhne, desto höher ist ja der Profit. Der Arbeiter hat nichts zum Verkaufen als seine Arbeitskraft, die nun und soll er trachten, so viel wie möglich theuer zu verkaufen und sich selbst recht lange zu erhalten. Das kann er aber nur mit Hilfe der Organisation. Er soll sich da an den Unternehmern, den Kapitalisten, ein Beispiel nehmen, welche alle, gleichviel, welcher Religion oder Nation sie angehören, in ihrem Trusts und Syndikaten organisiert sind zum Zwecke, ihre mit dem Arbeiterklasse und sehr oft mit dem Verlust der Gesundheit des Arbeiters hergestellte Waare zu den höchstmöglichen Preisen zu verkaufen und den Arbeiterorganisationen mit Erfolg entgegenzusetzen zu können. Weiter kam dann der Redner darauf zu sprechen, daß die menschlichen Einrichtungen, technischen Erfindungen und Verbesserungen die Wirkung haben, gelehrte Arbeiter in den nichtgelernten Hundstummeln und das Heer der Arbeitslosen ungeheuer zu vermehren, so werde die Maschine dem Arbeiter zum Fluche. Mit Hilfe der Organisation werde sie ihm zum Segen sein. Redner bewies durch Beispiele, wie nachtheilig besonders für verheiratete Frauen die Hebelarbeit auf die Gesundheit und die Kindererziehung einwirkte. Redner schloß, mit Zahlen belegt, das Anwachsen der modernen Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren. Die freien Gewerkschaften haben am meisten zugenommen; so betrug z. B. bei unserem Verbands die Mitgliederzahl im Jahre 1892 in 43 Zahlstellen 2400, im Jahre 1902 in 349 Zahlstellen 31.947. Mit dem Anwachsen der Mitgliedszahlen gehe Hand in Hand eine Vermehrung der materiellen Bedürfnisse für die Mitglieder. Bei Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und für die verschiedensten Unterstützungszweige habe die Organisation respektable Summen ausgegeben. Würden uns aber nicht noch so viele fernstehen, Wunde noch viel mehr geleistet werden. Redner freiste die Humanität der Arbeitgeber und führte mehrere Beispiele an. So erlaube ein Schweizer, der bei einem Gutsherrn bei München 26 Jahre ununterbrochen treu und redlich dienete, nun mehr Lohn. Der Schweizer erwidert zur Antwort: „Santer, mache daß Du fortkommst, ich brauche Dich nicht mehr.“ Referent kommt auf die richtigen Gewinne der Aktiengesellschaften und Unternehmer zu sprechen, und führte auch da wieder drastische Beispiele an, wie der Arbeiterschaft in den Händen der Unternehmer zu Gebote wird. Und trotzdem die Unternehmer Millionen aus den Arbeitern herauszusaugen, klagen sie über die angeblich zu hohe Belastung durch die Sozialversicherung. Mit den Wohlthätigkeitsanstalten, mit denen die Herren gar so gerne prahlen, steht es oft sehr windig aus. Würden doch die Unternehmer Löhne bezahlen, welche emigrieren der geleisteten Arbeit entsprächen, die Arbeiter sorgen

dann schon selbst für ihre Wohlfahrt. Vielfach hört man vom Unternehmer, daß die Arbeiter zu gewöhnlich sind, daß sie nicht sparen, in Wirklichkeit sind die Arbeiter infolge unzulänglichen Einkommens zu einer volkswirtschaftlich verwerthlichen Sparsamkeit gezwungen. Redner fordert zum Schluss zum Beitritt in die Organisation auf, nur durch vereintes Wirken könne eine Besserung der Lage des Arbeiters herbeigeführt werden. In der Diskussion nahm auch ein Mitglied der Reichs-Deutscher Gewerkschaften das Wort, der sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte. Zuflüchtend zu den Ausführungen des Referenten sprachen dann noch einige Kollegen.

Regenstauf. Sonntag, den 19. September, tagte hier eine Versammlung, in welcher Kollege Damm aus München referierte. Die außerhalb des Dorfes liegende große Lohnwaarenfabrik, in welcher 800 Arbeiter beschäftigt werden, zählt einen Stundenlohn von 17-20 Pf. für Ueberstunden oder Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag nicht bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, eine in Anbetracht der schweren Arbeit lange Arbeitszeit. Die Versammlung war gut besucht, doch zeigen die Leute noch wenig Verständnis für die gewerkschaftliche Organisation. Die meisten Arbeiter stammen aus der Umgebung, sind ehemalige Landarbeiter, haben oft ein Häuschen und etwas Delomonte. Da sie Ausgaben für Rente und einen großen Theil des Lebensunterhaltes nicht zu machen brauchen, sind sie mit niedrigen Löhnen zufrieden. Eine lebhafteste Furcht, sie könnten die Arbeit verlieren, hält sie im Banne, weshalb sie sich auch nur sehr schwer der Organisation anschließen. Die Furcht ist ganz unbegründet, denn es besteht hier eher Mangel als Ueberflus an Arbeitskräften, sodas sogar sehr leicht an die Verbesserung der Arbeitsbedingungen heranzugehen werden würde. Zugang ist nicht zu erwarten, es mangelt außerdem an Wohnungen, sodas ein Entzug der die Arbeit vergebenden Arbeitskräfte nicht so leicht zu beschaffen wäre. Es wurden der Organisation 9 Mitglieder zugeführt.

Ottensen. Die Mitgliederversammlung, die am 23. September, Abends, bei Ronge, Ottensen, Gr. Rainstraße 21, tagte, ertheilte das Mandat der verstorbenen Kollegin Frau Ladiges in üblicher Weise. Den Kartellbericht erstattete Kollege E., der dann die von den verschiedenen Zahlstellen gestellten Entwürfe zur Konferenz in Neumünster verlas. Es wurde dem Delegierten mit auf den Weg gegeben, nach bestem Wissen und Gewissen für oder gegen die verschiedenen Entwürfe zu stimmen. Als Delegierter wurde Kollege G. gewählt. Darauf verlas E. ein Schreiben vom Vorstand in Hannover, in dem sich dieser ablehnend verhält zu der Angelegenheit Beck. Dieser führte an, daß er das Buch mit den Marken beim Kassieren verloren habe. Er habe es auch nachträglich beim Kollegen G. gemeldet; außerdem eine Annonce im „Echo“ veröffentlicht lassen, sei mehrere Male nach dem Hauptbureau gewesen, es wäre aber nicht gefunden. Er ersucht die Versammlung, ihm das Verlorene zu ersetzen. Kollege Lu. ist derselben Meinung. Kollege H. führt aus: Ihm sei zu Ohren gekommen, daß Marken gefunden worden seien und ersucht die Versammlung, eine Kommission zu wählen, welche die Sache zu untersuchen hat; man solle die Sache erst genau untersuchen, bevor man einen Kollegen unschuldig verurtheilt. Die Wahl einer Kommission wurde angenommen. Dann wurde ein Festkomitee und Kollege Sch. als Thierkontrollen gewählt. Die Wahl eines Kartelldelegierten, da Kollege B. nach Hamburg übergesiedelt, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Regenstauf. In unserer Stadt, einer Besuche des Indifferentsimus, tagte am 20. September eine Versammlung. Die da sein sollten, die Unangeführten, Gleichgültigen, fehlten. Den erschienenen Kollegen gab der Kollege Damm Aufklärung über die Agitation, die, wenn sie besolgt wird, zur Gewinnung neuer Mitglieder führen muß. Am gleichen Tage, Nachmittags, tagte im zwei Stunden einseitigen Markte Regenstauf eine Versammlung, die besser besucht war. Denn kaum war es rückbar, daß unfererseits eine Versammlung veranstaltet wurde, so machten auch schon gewisse Leute sich an die Arbeit, um die Arbeiter von Regenstauf vor dem „Gift der Organisation“ zu bewahren. Es hat nichts genützt. Wir gewonnen neue Kämpfer, sodas wir heute 20 Mitglieder in Regenstauf haben, und wir werden mehr bekommen. Wir denken auf dem nicht allzufern gelegenen Eisenwert „Raghütte“ Boden zu gewinnen.

Schiffel. Die Versammlung am 23. September nahm Stellung zu der Konferenz in Neumünster und wählte als Delegierten den Kollegen Ramosch. Der Bericht der Bevollmächtigten über das abgelaufene Jahr ergab, daß dasselbe ein befriedigendes Resultat gezeitigt hat. Beschlossen wird, daß die Kollegen bei Versammlungen sich durch das Mitgliedsbuch legitimieren sollen. Den streitenden Grimmtschauer Textil-Arbeitern wurden 50 Mk. bewilligt. Eine lebhafteste Debatte entzündete sich nach darüber, daß in der vorigen Monat stattgefundenen öffentlichen Versammlung kein Referent erschienen war, es ist so wie so schwer, die Arbeiter zum Besuch einer öffentlichen Versammlung aufzurufen, wenn dann aber kein Referent erscheint und die Kollegen wieder unrichtiger Sache umgeben müssen, so bedeutet das eine schwere Schädigung der Schiffeler Zahlstelle.

Sebnitz i. S. Die Sebnitzer Papierfabrik hat am 21. v. M. den Konturs angemeldet, da sie in Zahlungsunfähigkeit gerathen ist. Es ist dies das größte betriebsmäßige Unternehmen im Reich und beschäftigte in letzter Zeit in den Werken Sebnitz und Köhlmühle bei nur theilweisem Betriebe über 900 Arbeiter. In Sebnitz sind ein Theil unserer Kollegen in Mithierlichkeit gezwungen. Der Konturs, der seit Jahren unermesslich war, ist nun künstlich durch allerhand Manipulationen hinausgeschoben worden. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1872 gegründet und arbeitete ursprünglich mit einem Aktienkapital von 1.200.000 Mk., das im Jahre 1896 durch Zusammenlegung der Aktien von 4 zu 3 um 300.000 Mk. auf 900.000 Mk. herabgesetzt wurde. Im Jahre 1899 machte sich eine erneute Sanierung notwendig, und zwar wurde auf die Aktie von 300 Mk. eine Zugahlung von 100 Mk. eingefordert, die auch von sämtlichen Aktionären geleistet wurde. Der im März 1901 beschlossene und seitdem fertiggestellte Neubau der Anlage Köhlmühle bildete das Schmerzenskind der Sebnitzer Papierfabrik. Dieser Neubau war hauptsächlich auf Veranlassung der Verlagfirma August Scherl, S. u. H. in Berlin, mit einem Kostenaufwande von vier Millionen Mark errichtet; aber August Scherl trat da der Kapitalienvertrag in Folge Fehlerhaftigkeit der Maschinen nicht innegehalten werden konnte, auch, wodurch die Gesellschaft in eine außerordentlich schwierige Lage geriet. Die Referenten und größeren Gläubiger machten schließlich für ihre Forderungen Bezugsaktien in Höhe von 1.876.000 Mk. in Zahlung nehmen, so daß das Aktienkapital gegenwärtig 2.776.000 Mk. beträgt. Ferner besteht noch eine auf Akt-Sebnitz zur ersten Stelle eingetragene Hypothekendarlehen von 861.900 Mk., und schließlich werden von der Bilanz pro 1902/03 Hypotheken in Höhe von 1.500.000 Mk. eingeführt, die auf die Anlage Köhlmühle hypothetisch eingetragen sind. In den Aktien werden die Grundstücke, Immobilien und Maschinen mit 844.354 Mk. bewertet.

Zeig. Sonntag, den 20. September, nahm unsere Versammlung Stellung zur Konferenz durch die Wahl von zwei Delegierten. Der Konferenz wird der Antrag unterbreitet, daß auf Kosten des Verbandes ein befristeter Beamter für den Bau 8 angestellt werden soll. Dann wird die Versammlung durch Antrag veranlaßt, daß die Konferenz sich für Einführung der Arbeitslohn-Unterstützung durch den Verband erklären soll. Das diesjährige Stiftungsfest soll im Lokale des Herrn Krapp gefeiert werden. Die Erledigung einer Anzahl Lohnangelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

Einnahme.

Ausgabe

Table with columns for 'Zahlstellen' (locations) and various financial categories under 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Rows list numerous locations like Heilsheim, Hebbornheim, Henningsdorf, etc., with corresponding numerical values.

Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen:	
Bestand vom vorigen Quartal	4 957,70 M.
Eintrittsgeld	2 218,80
Beiträge à 15 und 20 Pf.	77 365,25
Beiträge à 7 1/2 und 10 Pf.	4 815,94
Extra-Beiträge à 10 Pf. und nach § 6 Abs. 7.	193,50
Durch Streifenmarken gingen ein	1 171,05
Sonstige Einnahmen für Streiks	24,20
Zufuß aus der Hauptkasse	1 720,53
Sonstige Einnahmen	94,90
Summa:	92 561,87 M.

Ausgabe in den Zahlstellen:	
Reiseunterstützung	1 244,42 M.
Rechtschutz	156,57
Gemahregeltenunterstützung	1 259,80
Umgangsgeld	1 530,90
Sterbegeld	1 649,20
Streikunterstützung	2 541,63
Localausgaben	21 651,26
In den Zahlstellen zurückbehalten	5 184,85
Abgeschickt an die Verbandskasse	56 163,14
Eingelandt für Streiks	1 180,10
Summa:	92 561,87 M.

Gesamt-Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme:	
Rassenbestand vom vorigen Quartal	193 656,13 M.
Von den Zahlstellen eingeliefert	56 163,14
Bestand der Streifenkasse vom 1. Quartal 1903	5 381,22
Durch Streifenmarken gingen ein	1 180,10
Streiks zurückbezahlt	19,25
Speyer	74,18
Mannheim	64,25
Mainz	31,89
Elmhorn	81,20
Bernburg	21,90
Bornstedt	20,—
Ohne Abrechnung	83,88
Postabonnement	11,44
Für Inzerate	59,94
Für Protokolle	28,50
Beiträge von Einzelmitgliedern	106,65
Sonstige Einnahmen	10,05
Summa:	256 993,72 M.

Gesamt-Ausgabe:	
An Streikunterstützung	16 161,50 M.
An Umgangsgeld	216,55
An Sterbegeld	40,—
An Rechtschutz	60,42
An Reiseunterstützung	1,75
An Rothhunds-Unterstützung	199,—
A. Schriftstellerhonorar	20,—
A. gemahregelte Mitglieder	695,20
A. Versicherungsbeiträge	92,16
An Gehältern	2 274,98
Für Agitation	2 467,90
Für Versand des „Proletarier“ Nr. 7—13	1 070,60
Für Druck des „Proletarier“ Nr. 1—6	2 440,70
Für Druckarbeiten	693,40
Für Buchbinderarbeiten	1 458,15
Für Bindfaden, Lederpappe, Pergament	51,80
Für Zeitungsabonnement	17,61
Für Anstaltskosten im Bureau	237,50
Für „Osmiata“ und „Operatio Italiano“	85,94
Für Schreibmaterialien	2,05
Ergänzung der Verbandsbibliothek	9,51
Einschubung für Revisor und Revisorinnen	70,50
Bureau-Miete, Reinigung z.	73,—
Jahrgeld, Diäten und Porto für den Ausschuss	11,30
Porto für Briefe und Pakete des Vorsitzenden	363,11
Porto für Geld und Briefe des Kassiers	79,51
Zusatz eingelangtes Geld zurückbezahlt	1,50
Nicht eingegangene Gelder	88,—
Zufuß an die Zahlstellen	1 720,53
Summa:	30 644,17 M.

Bilanz:	
Gesamteinnahme	256 993,72 M.
Gesamtausgabe	30 644,17
Reinvermögen	226 349,55 M.

Gammas, den 7. Oktober 1903.
 Aug. Vrey, 1. Vorsitzender. Heinz. Sat., 2. Vorsitzender.
 Die Revisoren: A. Riemeyer, Ferdinand Philipp.

Die Streiks im Jahre 1902.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902, ebenso wie 1901, geführt werden mußten, um eine Lohnreduzierung abzuwehren, und noch charakteristischer der Umstand, daß 47,3 Prozent dieser Streiks mit vollem Erfolge endeten. Das heißt nichts Anderes, als daß die Unternehmer versuchten, den Profitausschlag auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnreduzierungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1901 213 solcher Streiks mit 8533 Beteiligten geführt.

Im Jahre 1901 waren 291 Angriffstreiks mit 22 761 beteiligten Personen zu verzeichnen, von denen 37,4 Prozent für 28,5 Prozent der Beteiligten erfolgreich ausgegangen waren.

Die Zahl der Abwehrstreiks 1901: 436 mit 25 761 Personen. Es verliefen 36,3 Prozent für 34,3 Prozent der Beteiligten erfolgreich.

Der den Angriffstreiks wurde 1902 ferner bei 25,7 Prozent der Streiks und für 53,7 Prozent der Beteiligten, und bei den Abwehrstreiks bei 16 Prozent der Streiks für 28,7 Prozent der Beteiligten teilweiser Erfolg erzielt. Das Ergebnis der Streiks war im Jahre 1902 demnach nicht günstiger als 1901, eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur, deren tiefer Stand, bewirkt nach den Ergebnissen der Statistik der früheren Jahre, auch in der größeren Zahl der Abwehrstreiks zum Ausdruck kommt.

Von den gesamten Streiks wurden 424 Betriebe mit 22 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Be-

Ursache der Streiks	1902		Erfolgreich in Prozenten	
	Streiks	Beteiligte	1902	1901
Angriffstreiks:				
Verkürzung der Arbeitszeit	1	6	100,0	100,0
Lohnerhöhung	185	17 899	48,9	33,6
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung	60	13 587	28,3	10,8
Beseitigung mißliebiger Personen	5	127	20,0	14,1
Verchiedene Forderungen und Ursachen	38	1 040	54,4	48,4
Summa	289	32 659	42,4	24,5
Abwehrstreiks:				
Aussperrungen	56	6 791	15,4	16,9
Anstrich aus der Organisation	4	135	50,0	13,3
Wahrgelung	79	2 288	46,0	59,7
Nichtinhaltung der allgem. übl. Arbeitsbedingungen	46	1 821	66,7	43,3
Lohnreduzierung	277	7 676	47,3	41,8
Verlängerung der Arbeitszeit	22	978	32,7	11,0
Einführung einer Fabrikordnung	8	140	28,6	20,0
Schlechte Behandlung d. Arbeiter	10	172	40,0	29,6
Verchiedene Ursachen	70	3 073	43,1	22,5
Summa	572	23 054	49,7	32,8

triebe, in welchen Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde. Von den Streikenden gehörten bei Beginn der Streiks 41 199 männliche und 2043 weibliche der Organisation an, doch waren nur 23 415 männliche und 1051 weibliche bereits länger als 6 Monate vor Beginn der Streiks organisiert. Von den Streiks fanden nur 59 nicht die Zustimmung der Zentralverwaltung des Verbandes, ein Beweis dafür, daß auch die Zentralvorstände, trotz nicht günstiger Konjunktur, in fast allen Fällen anerkannten, daß kein anderes Mittel übrig blieb, als zum Streik zu greifen. Das Vorhandensein dieses Genehmigungsrechtes zeigt auch, daß die Organisationen sehr genau prüfen, ob nicht in anderer Weise den Wünschen der Arbeiter Geltung verschafft werden kann, und daß von einem leichtsinnigen Vorgehen der organisierten Arbeiter nicht die Rede ist.

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung des Zentralvorstandes in 86, des Gewerbegerichts in 34 und anderer Personen in 24 Fällen beendet.

Von den Streiks waren 778 mit 16 871 Beteiligten Einzelstreiks, die sich nur auf einen Betrieb erstreckten. Nur 83 Streiks wurden geführt, bei denen es sich um ein gleichzeitiges Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe handelte, jedoch entfallen auf diese gemeinsam geführten Streiks von der Gesamtzahl der Beteiligten von 55 713 allein 38 842.

Von den gesamten Kosten der Streiks, die 2 237 504 M. betragen, kamen allein 2 041 181 M. aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. 114 906 M. wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht. 53 593 M. waren Beiträge anderer Gewerkschaften, 25 578 M. kamen aus allgemeinen Sammlungen und 2246 M. aus dem Auslande. Die Art der Aufbringung der Mittel giebt gewissermaßen einen Einblick darin, in welchem Maße die Finanzkraft der Gewerkschaften im Laufe der Jahre erstarkt ist. Deswegen sei in der folgenden Tabelle nachgewiesen, wie sich in den Jahren, auf welche sich die Statistik erstreckt, die Aufbringung der Mittel gestaltete.

Jahr	Gesamtkosten der Streiks	Davon kamen		
		aus der Kasse der im Streik befindlichen Organisationen	Prozent der Gesamtausgabe	aus dem Auslande
	M.	M.		M.
1890/91	2 094 922	1 215 025	58,0	126 125
1892	84 638	29 271	34,0	4 610
1893	172 601	64 123	37,0	3 133
1894	354 297	85 341	24,0	2 464
1895	424 231	204 970	48,0	2 994
1896	3 042 350	724 603	24,0	84 648
1897	1 257 298	775 361	62,0	1 949
1898	1 345 302	1 051 074	78,0	3 132
1899	2 627 119	2 016 157	77,0	7 079
1900	2 936 090	2 487 853	84,4	5 800
1901	2 515 888	1 734 491	68,9	103 306
1902	2 237 504	2 041 181	91,2	2 246
Summa	19 092 180	12 429 450	65,1	347 486

In den Jahren, in welchen die Gewerkschaften ihren ungünstigen Stand hatten, waren sie genötigt, bei Beginn eines Streiks andere Organisationen um Hilfe anzurufen oder Sammlungen zu veranstalten. Nach der Erstarkung der Organisation kam man dazu, die Streikkosten aus den Kassen der Verbände zu decken. Im Jahre 1902 wurden 91,2 Proz. der Kosten der Streiks von den direkt beteiligten Gewerkschaften selbst aufgebracht. In den Jahren, in welchen ein Rückgang dieses Prozentfußes gegenüber den Vorjahren vorhanden, wurden Streiks geführt, deren Unkosten zum großen Teil aus den Beiträgen nicht direkt beteiligter gedeckt werden mußten. So 1896 der Streit der Fabrikarbeiter und Seeleute in Hamburg und 1901 der Generalstreik der Glasarbeiter. In solchen Ausnahmefällen ist es selbstverständlich, daß von der nicht

unmittelbar beteiligten Arbeiterschaft Hilfe geleistet wird, und sie wird gern geleistet, weil auch die der Hilfe bedürftigen Gewerkschaften bestrebt sind, die nötigen Mittel anzufordern, um für den Kampf gerüstet zu sein. Darin ist in dem letzten Jahrzehnt ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt und finden wir darin die Gewähr, daß den Gewerkschaften trotz der Niederlagen, welche sie in langen und schweren Kämpfen erlitten haben, die Zukunft gehört.

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei diesen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfposition befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das Genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungünstigen Konjunktur auf jede Provokation der Unternehmer hin zum Streik zu greifen. Ruhig erwägend und die eigenen wie die Kräfte der Gegner sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht, angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Geschieht dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen und die Zahl der ungünstig für die Arbeiter verlaufenden Kämpfe wird wesentlich geringer werden.

Soziale Rundschau.

— Betriebsbesprechungen sind keine öffentlichen Versammlungen. Eine für die Auslegung und Anwendung des preussischen Vereinsrechtes nicht unwichtige Entscheidung, die den Bevormundungsversuchen mancher Polizeibehörden hoffentlich endgültig ein Ende bereitet, hat neuerdings das Kammergericht getroffen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Gastwirthe B. und A. waren wegen Zumißhandlung gegen die Vorschriften des Vereinsgesetzes in Strafe genommen worden, weil B. eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes ohne polizeiliche Anmeldung in Rixdorf einberufen und A. sein Lokal dazu hergegeben habe. B. hatte als Bezirksleiter eines Verbandes die Arbeiter einer Fabrik zu einer Versammlung einberufen, nachdem in jener Fabrik verschiedene Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten. Zu der Versammlung, in der die Verhältnisse der Arbeiter der betreffenden Fabrik besprochen werden sollten, waren fremde Arbeiter nicht eingeladen. Ein Polizeibeamter erschien aber kurz nach der Eröffnung der Versammlung und löste sie auf. Von der erhobenen Anklage wurden B. und A. vor der Strafkammer freigesprochen, weil in der Versammlung nicht öffentliche Angelegenheiten, sondern nur die Verhältnisse einer bestimmten Fabrik erörtert werden sollten. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück. § 1 des Vereinsgesetzes sei nur anzuwenden, wenn öffentliche Angelegenheiten in Versammlungen erörtert oder berathen werden sollen. Unter öffentlichen Angelegenheiten seien nur solche zu verstehen, die im Gegensatz zu Privatinteressen die eigentlichen Staatsinteressen, mithin Angelegenheiten politischen und religiösen Inhalts betreffen, sondern alle die Gesamtheit betreffenden allgemeinen Angelegenheiten, insbesondere das Gebiet der sozialen Interessen. Von öffentlichen Angelegenheiten könne aber nicht die Rede sein, wenn die Angelegenheiten bestimmter Personen, z. B. der Arbeiter einer Fabrik, besprochen werden sollen.

— Erhöhung der Entbehrenslohn. In der Sitzung des Vereins deutscher Kantischul-Fabrikanten, abgehalten am 2. Oktober zu Hannover, wurde beschlossen, die Preise für sämtliche Gummiwaren um 10 Prozent zu erhöhen. Die gleiche Erhöhung hat bereits mit Rücksicht auf das stetige Anwachsen der Rohgummipreise im April 1903 stattgefunden. — Ob man nun auch „mit Rücksicht auf das stetige Anwachsen der Lebensmittelpreise“ die Arbeitslöhne für die Arbeiter erhöhen wird?

— Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Bien. Die Aktien wurden an der Berliner Börse in Folge des relativ unbefriedigenden Jahresabschlusses, der nur 20 Prozent Dividende zur Verteilung zuläßt, um 11 Prozent niedriger.

Nur 20 Prozent Dividende! Wir begreifen den Schmerz. Und die Leute schimpfen auf die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, die sich nicht — wie zur Zeit die Weber in Grimnitzschau — für 13 M. wöchentlich 12 Stunden täglich schinden lassen wollen.

— Kommunale Arbeiter-Bevormundung. Die Stadtverordnetenversammlung von Dresden beschloß am Donnerstag, den städtischen Arbeitern die Mitgliedschaft an Konsumvereinen zu verbieten. — Das sieht sächsischen Stadtvätern ähnlich: den Arbeitern recht bescheidene Löhne zahlen, und ihnen dann verbieten, ihren Bedarf an Waaren dort zu decken, wo sie am wohlfeilsten zu erhalten sind.